

Liebe Mitglieder und Freunde von DeSaFor,

Südafrika steht im Innern vor immer größeren Herausforderungen: die Integrität des Staatspräsidenten steht in Frage. Die Arbeitslosigkeit nimmt stetig zu, obwohl das Land von den steigenden Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt (> 7 %) profitiert. Die Bevölkerung und Unternehmen leiden unter den ständigen Stromabschaltungen. Vor allem aber die im informellen Sektor Tätigen und die Landbevölkerung können immer weniger von ihrer eigenen Hände Arbeit leben, was die staatlichen Sozialleistungen nicht ausgleichen können. Vor diesem Hintergrund bereitet der ANC seinen Wahlkongress im Dezember 2022 vor. Wird *C. Ramaphosa* wiedergewählt, wer dominiert den Kongress: die bisher schweigende ANC-Mehrheit oder die lautstarke „linke Fraktion“? Sie würde unter dem Motto „*Radical Economic Transition*“ die entschädigungslose Landenteignung durchsetzen und wohl auch vor Enteignungen von Banken und Bergwerken nicht Halt machen? Vorhersagen sind gegenwärtig kaum möglich. Wir wollen uns auf Fakten und deren Bewertung beschränken und uns deshalb nicht am Kaffeesatzlesen beteiligen.

Bemerkenswert ist jedoch, dass sich in dieser Situation über 300 Vertreter der südafrikanischen Zivilgesellschaft unter dem Aufruf „*Defend our Democracy*“ zusammengeschlossen und konkrete Forderungen aufgestellt haben, die eine radikale Abkehr vom Missbrauch des Staats und seiner Finanzen durch ANC-Politiker bedeuten könnten. Schon in der Endphase des Apartheidstaats, aber auch im Vorfeld der Absetzung von Präsident *J. Zuma* hat die Zivilgesellschaft entscheidend zu tiefgreifenden Veränderungen beigetragen. Möge ihr das auch jetzt gelingen.

Bereits im letzten Newsletter haben wir auf die schwer nachvollziehbare Haltung Südafrikas zum Krieg in der Ukraine hingewiesen. Außenministerin *N. Pandor* hat nun im August ein „Rahmendokument“ zur Außenpolitik vorgestellt, das hehre Ziele und große Ideale mit Vorgaben für die Umsetzung eher realpolitischer Maßnahmen verbindet. Sie ist daher streckenweise widersprüchlich und nicht wirklich überzeugend. Viele Fragen bleiben offen.

Wir müssen jedoch davon ausgehen, dass Südafrika künftig mit dem Westen weiter Geschäfte machen und in der Entwicklungspolitik mit uns zusammenarbeiten will, sich aber in den internationalen Beziehungen verstärkt dem BRICS-Verbund annähern wird, der von China und in deutlich geringerem Maße von Russland beeinflusst wird.

An unserer kürzlichen Umfrage unter Mitgliedern und Interessenten hatten sich fast ein Drittel der Angeschriebenen beteiligt, ein hoher Rücklauf, über den wir uns sehr gefreut haben. Die Antworten zeigen, dass wir vor allem mit dem Newsletter und den Gesprächen im Rahmen von „*Let's talk ...*“ den Erwartungen offenbar weitgehend entsprechen. Einzelne ergänzende Hinweise und Anregungen werden wir im Rahmen des uns Möglichen gerne berücksichtigen.

Selbstverständlich freuen wir uns auch ohne Umfrage über Ihre Meinungskundgabe und noch mehr über Ihre aktive Mitwirkung.

Bleiben Sie gesund und guter Dinge!

Herzlich Ihr
Hans-Werner Bussmann



In dieser Ausgabe:

- **Südafrikas Außenpolitik – Neu definiert über nationale Interessen**
- **„Just Energy Transition Program“ - was ist das und: Hilft das?**
- **„Defend our Democracy“-Kampagne der südafrikanischen Zivilgesellschaft**
- **Personalien**
- **In eigener Sache: Ergebnisse der Umfrage von DeSaFor**
- **Mit Botschaftern im Gespräch**
- **Stiftung „Kinder fördern – Zukunft stiften“**
- **Goethe-Medaille für Tali Nates**

Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin

Südafrikas Außenpolitik – neu definiert über nationale Interessen



Neue Definition der süd-afrikanischen Außenpolitik: Anfang August stellte

die südafrikanische Außenministerin *Nadine Gordimer* ein „Rahmendokument zu Südafrikas nationalen Interessen und ihrer Förderung in einem globalen Umfeld“ ([hier](#)) vor. Es umschreibt die zentralen Werte, Prinzipien und Ziele der künftigen Außenpolitik ihres Landes und deren Umsetzung. Es zeigt auf, wie „*nationale Interessen, nationale Souveränität und verfassungsmäßige Ordnung, die Sicherheit und das Wohlergehen der Bürger, wirtschaftliche Prosperität sowie ein besseres Afrika und eine bessere Welt*“ geschützt werden könnten.

Klare Definition nationaler Interessen: *Pandor* zufolge bringt die sich rapide verändernde Weltlage nicht nur immer komplexere Herausforderungen für die südafrikanische Diplomatie mit sich, sondern erfordert auch die klare Definition der nationalen Interessen. **Internationale Solidarität:** Aus dem Antipartheid-Kampf resultierten enge Bindungen, Pan-Afrikanismus, progressive internationale Solidarität und „Ubuntu“ untermauern laut *Pandor* diese Bestrebungen. Sie kritisiert die mangelnde Solidarität der Weltgemeinschaft. Das habe sich z.B. in der COVID-Pandemie gezeigt, in der die mächtigsten Partnerländer die Patente für Impfstoffe nicht freigaben und es nur dem gemeinsamen Druck Südafrikas und Indiens zu verdanken sei, dass die Hersteller schließlich den Aufbau von Impfkapazitäten in Afrika, u.a. in Südafrika, unterstützten. Ebenso sei Vorsicht bei

Handelsabkommen geboten, wenn Versprechen von den wirtschaftlich stärksten Ländern gemacht würden, die sie manchmal offen oder verdeckt brächen. Als Beispiel nennt sie EU-Regeln für südafrikanische Zitrusfrüchte.

Progressive Süd-Süd-Solidarität: Palästina könne von Südafrika lernen, seine Ziele klar benennen und starke Verbindungen zu globalen Akteuren in der Zivilgesellschaft aufbauen so wie das im Anti-Apartheid-Kampf der Fall war.

Panafrikanisches Denken und Bewusstsein sind die Basis für Südafrikas Selbstverpflichtung, zum Fortschritt und zur Entwicklung Afrikas beizutragen. Südafrikas Kooperation mit strategischen Partnern auf dem Kontinent muss strategischer und zielorientierter sein.

Außenpolitik als verlängerter Arm der Innenpolitik: Auch in der Außenpolitik bleibt die südafrikanische Diplomatie den drei wichtigsten innenpolitischen Herausforderungen verpflichtet: Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit. *Pandor* hofft, dass das Rahmenpapier vielfältige Akteure der Zivilgesellschaft überzeugt, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, um Wandel, Fortschritt und Entwicklung in Südafrika, in Afrika und der Welt zu fördern.

BRICS – Brazil, Russia, India, China, South Africa

- *Gründung 2009 auf Initiative von China mit Russland, Indien, Brasilien; Südafrika*
- *versteht sich als informelle Organisation zur Verfolgung gemeinsamer Interessen der Mitgliedstaaten (z.B. neben den G 20)*
- *Gründung eigener Finanzierungsinstitutionen parallel zu den vom Westen dominierten „Bretton Woods“ Institutionen*
- *New Development Bank (Modell Weltbank)*
- *BRICS Contingent Arrangement (Modell IWF)*
- *BRICS Staaten stehen für 3 Mrd. Einwohner (42 % der Weltbevölkerung), ca. 25 % des weltweiten GDP und 20 % des Welthandels*

Antwort auf internationale Herausforderungen: Das Dokument macht deutlich, dass der Hauptzweck der Außenpolitik nicht die Domäne eines Ressorts ist, sondern die gesamte Regierung und alle Ebenen betrifft. Daher müssten sich alle dem Rahmenkonzept unterordnen und auch die Provinzen (gemeint ist das Westkap) dürften keine eigene Außenpolitik verfolgen.

Berechtigte Interessen als alleiniger Leitstern der Außenpolitik: Zwei Aspekte fallen an diesem Rahmenpapier, das hehre Ideale und hohe Ziele postuliert, jedoch in vielem eher im Vagen bleibt und redundant ist, besonders ins Auge: die durchaus berechnete Basierung der internationalen Beziehungen Südafrikas auf seine nationalen Interessen und die Hinweise auf Enttäuschungen im Verhältnis zu „mächtigen Partnern“, die wenig Verständnis mit den Ländern des Südens und ihren Problemen an den Tag legen. Das ist legitim und sollte die Industrieländer veranlassen, darüber offen und auf Augenhöhe zu sprechen bzw. zu verhandeln.

Aber rechtfertigt das Südafrikas ambivalente Außenpolitik im Ukraine-Konflikt? Stecken hinter der Akzeptanz der russischen Invasion nur emotionale Gründe der Verbundenheit aus dem Anti-Apartheid-Kampf oder sind es letztlich wirtschaftliche Gründe oder gar antiwestliche Ressentiments? Warum kein eigener Verbund ähnlich der früheren Blockfreien-Bewegung? Die wirklichen Motive Südafrikas bedürfen noch der Erläuterung oder weiterer Aufklärungsbemühungen.

Verstärkter Einfluss durch Mitwirkung im BRICS-Verbund? Nur mit der Fortsetzung, möglichst Vertiefung der vertrauensvollen Zusammenarbeit wird es dem Westen gelingen, seine wichtigsten Partner im Süden davon abzuhalten, ihr Heil in der von Russland und China dominierten BRICS-Partnerschaft zu suchen. Diese steht vor einem Erweiterungsschub: beim Gipfel in Südafrika in 2023 soll über die Beitritts-

anträge von Iran und Argentinien, möglicherweise aber auch der von Indonesien, Ägypten und der – des NATO-Mitglieds – Türkei entschieden werden. Interesse scheinen auch Nigeria, Senegal, die Vereinigten Arabischen Emirate und Thailand zu zeigen. Russland würde von dieser Entwicklung am meisten profitieren und könnte mit dieser Bildung eines anti-westlichen Blocks die im Zusammenhang mit dem Ukraine Krieg verhängten Sanktionen leichter abwehren.

Auseinanderfallen von hehren Zielen und realem Handeln: Wie weit sich jedoch die Realität von den hohen Zielen des Rahmenpapiers entfernt, belegen die Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Nachdem Außenministerin *N. Pandor* diesen am 24.02.2022 noch deutlich verurteilt hatte (was im Einklang mit der Forderung der Anerkennung der Souveränität und Integrität von Staaten des Rahmendokuments steht) musste sie schon am Folgetag auf die Mehrheitsmeinung im ANC einschwenken. Seither wird der Krieg von Südafrika nicht mehr als solcher adressiert und verurteilt, sondern ein Waffenstillstand sowie die Rückkehr an den Verhandlungstisch und die Suche nach diplomatischen Lösungen unter VN-Ägide gefordert. Die Folgen dieser Politik für die Ukraine und die potentiellen Gefahren für die unmittelbaren Nachbarn Russlands in Mittelosteuropa werden in Pretoria wie in zahlreichen anderen afrikanischen Staaten nicht wahrgenommen. Für sie ist das Kriegsgeschehen zu weit entfernt und gute, häufig aus dem Befreiungskampfstammende enge Beziehungen zum Kreml wichtiger als Prinzipientreue. Dabei hat Desmond Tutu zu Recht festgestellt, dass Neutralität stillschweigende Sympathie für Aggressoren bedeute.

Beim Besuch des amerikanischen Außenministers Blinken in Pretoria am 06./07.08.2022 betonte die südafrikanische Regierung die Bedeutung der guten bilateralen Beziehungen und das Teilen

von Werten auch in der internationalen Politik. Gleichzeitig verzichtete die Regierung jedoch auf die Verurteilung der russischen Aggression in der Ukraine. Bis heute gibt es kein (südafrikanisches) Wort der Kritik am Auftreten der russischen Söldner-Gruppe „Wagner“ in immer mehr afrikanischen Ländern. Die Blutspur dieser Söldner im russischen Auftrag, die auch in der Ukraine kämpfen soll, ist lang. Ihr werden massive Menschenrechtsverletzungen nicht nur in der VR Kongo und in der Zentralafrikanischen Republik, sondern auch in Mali vorgeworfen.

Engere Zusammenarbeit mit Russland im militärischen Bereich Die Teilnahme der südafrikanischen Verteidigungsministerin *T. Modise* an der 10. Moskauer Sicherheitskonferenz (das Gegenstück zur alljährlichen Münchner Sicherheits-Konferenz) vom 15. bis 17.08.2022, nur eine Woche nach Blinkens Besuch, macht deutlich, wie hohl die ihm gegenüber geäußerten „*diplomatischen Floskeln*“ letztlich waren. *Modise* erklärte ihrem russischen Amtskollegen, dass Südafrika und die Russische Föderation herzliche Beziehungen verbinde. Beide Länder hätten eine Reihe von „militärbezogenen bilateralen Abkommen“ abgeschlossen, die für beide Länder signifikante Vorteile mit sich brächten. Russland sei ein Hauptakteur auf dem afrikanischen Kontinent in Bezug auf Frieden und Sicherheit.

Bedeutung für unsere strategische Partnerschaft mit Südafrika

Seit 1994 arbeiten Deutschland und Südafrika auf vielen international und bilateral bedeutsamen Gebieten eng zusammen. Dies wird nicht nur von der Regierung, sondern auch in der südafrikanischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft anerkannt. Deutschland sollte „mit diesem Pfund wuchern“ und sich durch die durchaus irritierenden Reaktionen unseres strategischen Partnerlandes auf die jüngsten geo-politischen Entwicklungen nicht von der Fortführung der intensiven Partnerschaft

abbringen lassen. Europa und die USA sind und bleiben trotz des beachtlichen Anstiegs des Außenhandels mit China immer noch die weitaus wichtigsten Partner Südafrikas. Gerade in Krisenzeiten sollten alle Gesprächskanäle verstärkt genutzt werden, um nach Lösungen zu suchen, die den Interessen beider Seiten Rechnung tragen.

Die Reise des Bundeskanzlers nach Südafrika kurz vor dem G 7-Treffen in Elmau war ein wichtiges Zeichen für diese Dialogbereitschaft, trotz fortbestehender Meinungsverschiedenheiten in der Bewertung internationaler Beziehungen, aber dabei darf es nicht bleiben. Unsensibles Verhalten wie die Schließung der Grenzen nach der Bekanntgabe der Omikron-Variante durch die südafrikanische Regierung ohne Konsultation mit unseren Partnern dürfen sich nicht wiederholen. Die gemeinsame Suche nach Übereinstimmungen und Schnittmengen sollte hingegen verstärkt werden.

Hans-Werner Bussmann

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Der Pfarrer der „Berliner Mission“, Otto Kohlstock, wird am Donnerstag, dem 15.09.2022 um 15.00 Uhr im Gemeindezentrum Nicolassee* über die politisch-soziale Lage in Kapstadt und insbesondere dem von ihm als Geistlichem und Entwicklungshelfer betreuten Stadtteil *iThemba Labantu* berichten. Er gehört zu den Orten mit der höchsten Gewaltkriminalität in Südafrika. Hier können Sie sich aus erster Hand über die aktuelle Situation informieren!

*Das Gemeindezentrum befindet sich im Kirchweg 6, 14129 Berlin. Es ist ab Zehlendorf-Eiche (300 m vom S-Bahnhof Zehlendorf) mit dem Bus 118 Richtung Potsdam Stern-Zentrum bis zur Haltestelle Quantzstr. zu erreichen. Von dort sind es 200 m bis zum Gemeindezentrum.

H-W.Bussmann

„Eish !!“ - ein „Einwurf“ von Ernst Hustädt, Johannesburg/Pretoria

Am 1. August erlebten wir seit Monaten den ersten Tag ohne „Load Shedding“ Das ist wohl eine Nachricht, die außerhalb von Südafrika erstmal zu Stirnrunzeln führt. „Load shedding“ ist kein Stromausfall, wie man es aus anderen Ländern des Südens kennt, sondern die geplante und vorher angekündigte Abschaltung von Teilen des Stromnetzes. Damit sollen eine Überlastung und ein ungeplanter Dominoeffekt vermieden werden. Wenn man schon auf der Angebotsseite nichts tun kann, macht es der Betreiber ESKOM halt auf der Nachfrageseite: Ein Teil der Nachfrage wird einfach weggenommen, schon klappt es für den Rest des Landes.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Unterschätztes Wachstum des Verbrauchs (Kraftwerke zu bauen dauert eben länger als Wahlperioden), schlechte Zahlungsmoral der Verbraucher – private und Kommunen, Korruption und nicht zuletzt die Infrastruktur. Südafrika ist anders als Deutschland nicht an ein kontinentales Stromnetz angeschlossen, über das man wie zur Not Kohlestrom aus Polen oder Atomstrom aus Frankreich zukaufen kann. Ein afrikanisches Netz existiert halt nicht, wie jeder Flugpassagier sehen kann, wenn er nachts nach Stunden der Dunkelheit beim Überfliegen des Kontinents plötzlich das südafrikanische „Grid“ sehen kann - falls, ja falls es nicht gerade „Load shedding“ gibt.

Lange waren es 2,5 Stunden am Tag (Stufe 2), das kann man aushalten. Es gibt bereits Apps, in die man Straße und Wohnbezirk einträgt und so erfährt man, wann es einen trifft. In den letzten Wochen war es Stufe 5, d.h. 8,5 Stunden ohne Strom, aufgeteilt auf 3 – 4 Zeiteinheiten und dies im südafrikanischen Winter. Dies ist im besten Sinne des Wortes disruptiv, d.h. zermürend. Die Ampeln sind - logisch – ohne Strom, d.h. Staus an jeder Kreuzung. Geldautomaten und Tankstellen sind „off-line“. Lieber keine Aufzüge benutzen! Restaurants und Geschäfte überleben nur, wenn sie sich einen Generator angeschafft haben, die meisten sind Pleite oder hoch verschuldet. Ohne die Situation in Deutschland schön reden zu wollen, aber die Besitzer*innen kleiner Läden und Restaurants in Südafrika hätten Freudentänze aufgeführt, wenn sie eine ähnliche Unterstützung bekommen hätte, wie ihre Branchenkolleg*innen in Deutschland während des COVID-Lockdowns.

Also hält man durch und hofft. Man kauft sich eine Stirnlampe, damit man zu Hause das Schlüsselloch findet und nicht jeden zweiten Tag gegen den Schrank läuft. Und es gibt eine neue (chinesische) Erfindung: „Load shedding-Bulbs“: Glühbirnen, mit Batterie, die sich aufladen und 1 – 2 Stunden Licht geben. Und, wer es sich leisten kann, geht ins Fitnessstudio, dort gibt es einen Generator. Wenn man aber dort in der Sauna sitzt und das Load shedding einsetzt, muss man 3 Minuten in der Dunkelheit mit den anderen Schwitzenden aushalten, ohne in Panik zu verfallen, bevor der Generator einsetzt.

Und dann sagt man zusammen mit den anderen „Eish“ (phon. Eiiissssch), ein Super-Xhosa Wort mit dem man sehr viel ausdrücken kann, was sich entweder durch den Gesichtsausdruck - ok, das klappt beim Stromausfall nicht so gut - oder durch die gerade gemeinsam erlebte Situation erklärt.

Ernst Hustädt lebt und arbeitet -mit Unterbrechungen- seit vielen Jahren in Südafrika für die GIZ

„Just energy transition“ – was ist das und: Hilft das?



Es war eine große Ankündigung am Rande der Umweltkonferenz COP 26 in Glasgow im Herbst 2021: Südafrika, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, die USA und die EU vereinbaren eine

langfristige Partnerschaft für die Dekarbonisierung der südafrikanischen Wirtschaft. Südafrika ist weltweit der siebtgrößte Kohleproduzent und ist mit Blick auf seine wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der G 20 am stärksten von der Kohle abhängig. Der mit der angestrebten Dekarbonisierung verbundene Transformationsprozess wird massive Wirkungen auf die Wirtschaft und insbesondere auf den ohnehin extrem angespannten Arbeitsmarkt Südafrikas haben.

Die Vision des ambitionierten „Just energy transition programme“ (JETP) sieht jedoch zugleich positive Effekte bei einer Umsteuerung auf erneuerbare Energien. So sollen nicht nur die CO₂-Emissionen um 1 – 1,5 Gigatonnen über die nächsten 20 Jahre reduziert werden, sondern vor allem in den nächsten 10 Jahren rd. 50.000 neue Arbeitsplätze jährlich entstehen.

Der Transformationsprozess ist ehrgeizig, kosten- und zeitaufwändig. Er bedarf einer klugen Steuerung und valider Finanzierung. Vor allem wird es aber darum gehen, bei den für Umwelt, Infrastruktur, Technologie und Wirtschaft positiven Effekten die von den Veränderungen betroffenen Menschen und Gemeinschaften im Blick zu behalten und „niemanden zurück zu lassen“. Das „just“ (i.S.v. gerecht) im Namen des Programms muss und soll ernst genommen werden, um die sozialen und kulturellen Auswirkungen der Transformation durch gezielte Maßnahmen zum Wohl der direkt Betroffenen und zum Nutzen aller Menschen in Südafrika abfedern.

Die Partnerländer des Programms haben sich verpflichtet, Südafrika bei der Umsetzung des Programms mit 8,5 Mrd. US-\$ (zZt rd. 8,5 Mrd. €) zu unterstützen, überwiegend durch Kredite. Deutschland stellt davon rd. 700 Mrd. € zur Verfügung. Zurzeit werden in Südafrika die Voraussetzungen für eine zentrale Steuerung und Koordinierung des Programms und für die Bewirtschaftung der Mittel geschaffen. Der Präsident hat die Umsetzung des Programms zur „Chefsache“ gemacht und besteht auf der Vertraulichkeit der Vorbereitungsarbeiten.

Bis zur COP 27 (6.-18. Nov. 2022

in Ägypten) sollen Implementierungs- und Finanzierungspläne stehen – ein ehrgeiziger Plan, von dem Beobachter hoffen, dass er beispielhaft für andere Länder sein könnte, die ebenfalls einen solchen Transformationsprozess mit Hilfe internationaler Geber durchführen wollen.

Kann JETP dazu beitragen, die Energiekrise in Südafrika zu beenden?

Noch ist Winter auf der Südhalbkugel und viele Haushalte heizen mit Elektroanlagen. Die Stromabschaltungen zur Verminderung der Verbrauchslast häuften sich in der kalten Jahreszeit - oft gab es bis zu sechs Stunden am Tag keinen Strom.

Ende Juli legte Präsident Cyril Ramaphosa einen schon lange angekündigten neuen Energie-Aktionsplan vor, der vor allem auf private Investoren, dezentrale Strukturen und den Ausbau erneuerbarer Energien setzt. Dies ist auch dringend erforderlich, denn sowohl das Stromnetz als auch die

Kraftwerke des staatlichen Energiekonzerns Eskom sind in desolatem Zustand. Es bedarf immer noch eines ausgeklügelten Systems landesweiter geplanter Stromabschaltungen, um das System vor dem totalen Kollaps zu schützen. Eine wirkliche Besserung ist kurzfristig nicht zu erwarten, denn der Finanzbedarf von Eskom zur Instandhaltung seiner Kraftwerke und der Leitungsinfrastruktur ist enorm und strapaziert den Staatshaushalt bereits seit vielen Jahren in einer Weise, dass für wichtige andere Staatsaufgaben die Spielräume immer enger werden.

Und Südafrikas Strom ist schmutzig. Rund 85 Prozent werden aus Kohle gewonnen. Der Umbau des Energiesektors hin zu erneuerbaren Energien und einer ausreichenden und sicheren Stromversorgung wird deshalb schon seit Jahren heiß diskutiert. Der große Durchbruch blieb jedoch bislang aus. Tatsächlich wird bezweifelt, dass mit einer beschleunigten Transformation zu erneuerbaren Energien der steigende Energiebedarf insbesondere auch bei den Wachstumserwartungen an die Industrie gedeckt und die Versorgungssicherheit für die Wirtschaft und für die Bevölkerung hergestellt werden kann.

Die Kohlelobby warnt mit Blick auf Deutschlands Fehler in der Energiewende

Anfang September meldete sich *Vuslat Bayoglu* in der „Sunday Times“ mit der Aussage zu Wort „Deutschland hat es mit den erneuerbaren Energien übertrieben“.

Zur Einordnung dieser recht forschen Aussage gehört, dass *Bayoglu* Geschäftsführer der auf Bergbau und Minen spezialisierten privaten Investmentgesellschaft MENAR ist. Nun setzt er sich vor dem Hintergrund der durch die Invasion Russlands in die

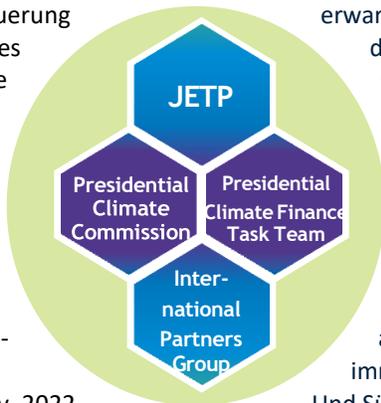
Ukraine und ihren Folgen entstandene aktuelle Energiekrise in Europa in einem Leitartikel kritisch mit der von Deutschland einst als „Exportschlager“ verkündeten Energiewende auseinander.

Deutschland sei für die Energieversorgung Südafrikas in vielerlei Hinsicht Vorbild und als Ausbildungsland des Eskom-Gründers sogar an der Erfolgsgeschichte des Energiemonopolisten beteiligt gewesen. Auch hätten deutsche Forscher als Berater technologisch und bei der Gründung von Sasol, dem Hersteller von Treibstoffen aus Kohle, Pate gestanden. Das deutsche Beispiel habe zudem bewiesen, dass eine gute industrielle Entwicklung vor allem von einer zuverlässigen und erschwinglichen Energieversorgung abhängt. Nun sei aber fraglich, ob Südafrika sich bei der Transformation von fossilen zu erneuerbaren Energien weiter am deutschen Beispiel orientieren solle.

Deutschland habe in seiner „Leidenschaft für die Transformation“ seine eigenen Versorgungsmöglichkeiten reduziert bzw. eingestellt und sich stattdessen bei der Grundversorgung in eine starke Abhängigkeit z.B. von russischem Gas begeben. Dies räche sich in der gegenwärtigen Situation, denn der Ausbau der erneuerbaren Energien könne die von Russland reduzierte Energieversorgung bei weitem noch nicht ersetzen. Ja, man könne weiter von Deutschland lernen, so *Bayoglu*, dieses Mal jedoch, um die zum Teil sehr kostspieligen Fehler und fatalen Auswirkungen auf die Wirtschaft zu vermeiden.

Für Südafrika müsse gelten, dass bei allem Ehrgeiz, die erneuerbaren Energien voranzubringen, die Grundlastversorgung durch fossile oder nukleare Energie so lange zu sichern, bis die erneuerbaren Energien eine stabile und unablässige Versorgung gewährleisten könnten.

Klaus Brückner



„Defend our Democracy“

Südafrikas Zivilgesellschaft gibt sich kämpferisch

„Die Macht liegt immer noch bei uns, und die Geschichte wird uns verurteilen, wenn wir diese Macht nicht zur Verteidigung unserer Demokratie nutzen“.

Mit diesem Aufruf schloss Cheryl Carolus den Kongress „Defend our Democracy“, bei dem sich die Vertreter*innen von rund 100 südafrikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf die „Birchwood-Erklärung der Konferenz für demokratische Erneuerung und Wandel“ ([Originaltext hier](#)) verständigt hatten.

Cheryl Carolus, eine Ikone des Kampfes gegen die Apartheid, loyale und engagierte Funktionärin des ANC, ehemalige Botschafterin, Mitglied der Regierung sowie erfolgreich in der Wirtschaft ist gegenwärtig Vorsitzende des *Constitution Hill Education Trust*. Sie verlieh der Konferenz „Defend our Democracy“ (Verteidigt unsere Demokratie) in Johannesburg am 1./2.7.2022 mit ihrer Stimme besonderes Gewicht.

Die rd. 300 Teilnehmer*innen vertraten rund 100 zivilgesellschaftliche Organisationen, die in Sorge um den Schutz und die Bewahrung der durch die Verfassung von



1996 garantierten freiheitlichen Demokratie aus allen Teilen der südafrikanischen Gesellschaft zusammengekommen waren – aus der organi-

sierten Arbeitnehmerschaft und der Wirtschaft, von Glaubens- und Gemeinschaftsorganisationen, aus der Wissenschaft und von den Medien.

Allein die Zahl und Vielfalt unterschiedlichster gesellschaftlicher Kräfte, die sich für diese Kampagne zusammenfinden, ist

Ausdruck eines großen Vertrauensverlustes gegenüber einem Staat, der sich schwertut, die Verantwortlichen für die Ausbeutung des Staates zur Rechenschaft zu ziehen.

Zugleich muss die Konferenz als starkes Signal an den regierenden ANC wahrgenommen werden, der sein Versprechen für ein „better life for all“ nicht erfüllt, sich aber mit seinen Mehrheiten lange auf seinen „Alleinvertretungsanspruch“ als Hüter von Freiheit und Demokratie und als einzig legitimierte Vertretung der Belange der Menschen berufen hat.

„Defend our Democracy“ ruft dazu auf, die Rolle des Parlaments entsprechend der Verfassung wieder zu stärken. Gewählte Parlamentarier müssten ihre Rechenschaftspflicht gegenüber ihren Wählern über ihre Loyalität zu ihrer Partei stellen.

Ebenso bedürfe es einer grundlegend neuen und innovativen Politik, die sich an Geist und Grundsätzen der Verfassung ausrichtet und wirtschaftliche Integration, Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz ebenso fördert wie ethisches Verhalten, Respekt und Transparenz.

Mit einem Aktionsprogramm will die Kampagne bis zu den Wahlen im Frühjahr 2024 breite Unterstützung in der südafrikanischen Bevölkerung gewinnen. Die wesentlichen Forderungen sind:

Neues Wahlsystem

Stärkung der unmittelbaren Rechenschaftspflicht von Abgeordneten, Verbesserung der politischen Bildung zur Bedeutung von Wahlen und Stärkung des Parteienfinanzierungsgesetzes.

Erneuerung der Demokratie

Stärkung des Einflusses und der partizipativen Mitwirkung auf allen staatlichen Ebenen, insbesondere aber auf der lokalen Ebene, damit Regierungen ihr Handeln an der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen ausrichten.

Professioneller öffentlicher Dienst

Anwendung des Leistungsprinzips bei der Stellenbesetzung und Abschaffung politischer Besetzungen, disziplinarische Aufsicht und Prüfung persönlicher Integrität bei Führungspositionen sowie Professionalisierung und Rechenschaftspflicht.

Kampf gegen Korruption

Konsequente Verfolgung der durch die ZONDO-Kommission identifizierten Verantwortlichen; Schutz von Whistleblowing, Schaffung einer unabhängigen Anti-Korruptionsbehörde; Mobilisierung des Privatsektors im Kampf gegen Korruption.

Widerstand gegen Demokratiefinde

Sicherung einer wehrhaften Demokratie gegen alle Versuche, sie zu destabilisieren. Mobilisierung der Bürger*innen zur Verteidigung der demokratischen Verfassungsordnung.



Cheryl Carolus erinnerte daran, dass der Staatsmissbrauch „unter unserer Aufsicht“ geschehen und möglich gewesen

sei. Es gelte, noch wachsamer zu sein und Druck auszuüben, damit Verantwortliche ohne Ansehen der Person und Funktion zur Rechenschaft gezogen und Versuche der Verschleierung in den Parteien und in der Regierung unterbunden würden. Das gelte auch mit Blick auf die aktuellen Vorwürfe gegen den Präsidenten, die aufgeklärt werden müssten.

Das südafrikanische Volk habe sich schon einmal von Unterdrückung befreit und sich eine Verfassung gegeben, die es ermögliche, kriminellen Machenschaften, Korruption und Ämterpatronage entgegen zu treten. „Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, wir müssen nur dafür sorgen, dass die Institutionen funktionieren.“

Klaus Brückner

Personalien - Personalien - Personalien - Personalien - Personalien - Personalien - Personal

Neues Team für Südafrika im Auswärtigen Amt

Christoph Retzlaff



ist der neue Beauftragte für das südliche Afrika und Sahel im Auswärtigen Amt. Der Jurist und Historiker begann seine diplomatische Laufbahn 1993. Seine

Karriere war geprägt durch den im Auswärtigen Dienst üblichen Wechsel zwischen Einsätzen im Ausland – Moskau / Rangun (Myanmar) / Vereinte Nationen New York und schließlich Kairo und als Botschafter in Ghana – und in der Bundesregierung mit der Wahrnehmung wichtiger Funktionen in der VN-Abteilung, der Zentralabteilung und in der Europaabteilung im Auswärtigen Amt.

Zuletzt leitete der erfahrene Diplomat den „Arbeitsstab Sahel“ im Auswärtigen Amt, eine Aufgabe mit besonderen Herausforderungen einer Krisenregion.

Sarah Bernardy



ist seit August Leiterin des Referats Grundsatzfragen Sub-Sahara-Afrika, Afrikanische Union, Südliches Afrika, Große Seen im Auswärtigen

Amt. Zuvor war sie Stellvertretende Leiterin des Planungsstabs.

Sie absolvierte mehrere Verwendungen im Bereich Nah- und Mittelost, u.a. an den Botschaften in Damaskus und Abu Dhabi sowie in Berlin, dort u.a. als Stellvertretende Leiterin des Nahostreferats.

Neue Chefin für Volkswagen in Südafrika

Martina Biene



wird zum 1. November 2022 neue Vorsitzende und Geschäftsführerin von VW Südafrika. Die erste

Frau an der Spitze des lokalen Automobilherstellers folgt auf Robert Cisek, der VWSA erfolgreich durch schwierige Zeiten gesteuert hat und nun neue Aufgaben in Wolfsburg übernimmt. Biene, die derzeit Leiterin der VW-Linie „Small and compact cars“ in Wolfsburg ist, kehrt nun zur Übernahme der Gesamtverantwortung VWSA zurück, nachdem sie dort bereits von Oktober 2018 bis August 2020 Leiterin der Marke VW-Personenwagen war. Frau Biene verfügt über 20 Jahre Erfahrung im VW-Konzern, für den sie neben Südafrika in Deutschland, Belgien und Luxemburg gearbeitet hat.

Neues Anti-Korruptions- Beratungsgremium Südafrika

Mit Beginn der juristischen Aufarbeitung der von der Zondo-Kommission nachgewiesenen Korruptionsfälle hat Präsident *Cyril Ramaphosa* neun Expert*innen in ein *National Anti-Corruption Advisory Council* berufen, das die Regierung insbesondere bei der Prävention und der Stärkung institutioneller Kapazitäten und Ressourcen zur Verhinderung und Bekämpfung von Korruption beraten und eine Wiederholung der systematischen Ausbeute des Staates verhindern soll. Das Gremium repräsentiert die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft sowie den Privatsektor und die Gewerkschaften.

Zu zwei der von Präsident Ramaphosa berufenen Mitglieder bestehen Verbindungen zu DeSaFor:

Barbara Schreiner



ist Geschäftsführerin des „Water Integrity Network (WIN)“, mit Sitz in Berlin, ist Südafrikanerin und hat mehr als 20 Jahre

Erfahrung im Management von Wasser und natürlichen Ressourcen.

WIN ist ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, das sich mit den Auswirkungen und der Bekämpfung bzw. Prävention von Korruption im Wassersektor befasst und Instrumente zur Sicherung von Transparenz, Rechenschaftspflicht, Beteiligung und Schutz vor Korruption in ausgewählten Ländern. Peter Conze, Stellv. Vorsitzender von DeSaFor, ist Mitglied des Aufsichtsrates von WIN.

David Harris Lewis



ist Gründer und Geschäftsführer von Corruption Watch, South Africa, der Partnerorganisation von Transparency International, war unser Gast bei der Let's talk-Veranstaltung am

22. Juni 2021 zu „Korruption in Südafrika und was dagegen getan werden kann“. Er hat zahlreiche Aufgaben als Regierungsberater, in der Wissenschaft und in der Privatwirtschaft übernommen. 2011 war er maßgeblich an der Gründung der Nichtregierungsorganisation „Corruption Watch“ beteiligt, der südafrikanischen Partnerorganisation von *Transparency International*.

In eigener Sache

Ihre Meinung ist uns wichtig...

Im Juli und August führte DeSaFor eine zweite Umfrage unter Mitgliedern und Interessenten des Forums durch. Von knapp 230 angeschriebenen Personen haben sich 51 (22 %) beteiligt. Die Mehrheit der Teilnehmer (je 67 %) sind über 60 Jahre alt und haben entweder in Südafrika gewohnt oder dort gearbeitet.

Für den DeSaFor-Vorstand war es im vierten Jahr des Bestehens des Vereins aber vor allem wichtig zu erfahren, wie Sie als unsere direkten Adressaten die Veranstaltungs- und Informationsangebote bewerten, welche Themen und Inhalte Ihnen wichtig sind und welche Erwartungen Sie an unsere künftige Arbeit haben.

Die Umfrage hat uns ein besonderes Interesse am Newsletter (rd. 80% der Antworten) und an unseren Veranstaltungsformaten bestätigt. Erfreulich stark schneidet dabei auch das Video-Gesprächsformat „Let's talk“ (rd. 50 %) ab, dessen Einführung ja den COVID19-Einschränkungen öffentlicher Veranstaltungen „zu verdanken“ ist. Präsenzveranstaltungen werden dennoch als ebenso wichtig bewertet, was auch mit der relativ hohen Wertschätzung von DeSaFor als Netzwerk von Südafrika-Freunden korreliert.

Die Anregungen, mehr Beiträge aus der südafrikanischen Perspektive anzubieten, den Newsletter in seiner Gestaltung noch attraktiver zu machen und attraktive Angebote für jüngere Menschen zu entwickeln, werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten stärker berücksichtigen.

Lediglich ein Beitrag setzt sich kritisch mit einer nach seinem Eindruck zu einseitiger politischer Ausrichtung unserer Informationen auseinander und bemängelt eine zu geringe Berücksichtigung der Anliegen weißer Südafrikaner.

Insgesamt verdeutlichen aber die Antworten und Hinweise eine hohe Zufriedenheit mit unseren Kommunikationsangeboten.



**Jessie Duarte –
Stellvertretende Generalsekretärin
des ANC 1953 - 2022**

"Sie war sowohl eine starke Stütze der Organisation als auch eine Matriarchin und Säule ihrer Familie". So würdigte ANC-Sprecher Pule

Mabe die am 17. Juli 2022 im Alter von 68 Jahren verstorbene Jessie Duarte, Stellvertretende Generalsekretärin des ANC.

Duarte war von Albertina Sisulu als politisches Talent „entdeckt“ und vom Anti-Apartheid-Aktivisten Reverend Beyers Naudé für die Verwaltung eines Stipendienfonds zur Ausbildung und Qualifizierung von ANC- und UDF-Aktivisten eingestellt worden. Ihr Aktivismus führte dazu, dass sie 1988 ohne Gerichtsverfahren inhaftiert und nach ihrer Freilassung bis zur Aufhebung des Ausnahmezustands unter strenge Auflagen gestellt wurde.

Sie stieg bereits vor den ersten freien Wahlen in die Spitzenstrukturen des ANC auf und wurde 1990 in das *Provincial Executive Committee* des ANC Gauteng gewählt. Bis 1994 war sie die persönliche Assistentin von ANC-Präsident Nelson Mandela und von Walter Sisulu.

Nach 1994 wurde Duarte in die Provinzregierung von Gauteng als Ministerin für Sicherheit berufen, wechselte aber 1997 zum ANC Hauptquartier im Luthuli House und wurde 1997 in das *National Executive Committee* des ANC gewählt. 1999 wurde sie Botschafterin in Mosambik und nach ihrer Rückkehr Sprecherin des ANC sowie später Leiterin der Zentralabteilung im Präsidialamt unter Thabo Mbeki. Seit 2012 war Jessie Duarte Stellvertretende Generalsekretärin des ANC. Bis zu ihrer Erkrankung im November 2021 musste sie die Aufgaben des Generalsekretärs Ace Magashule übernehmen, der wegen Korruptionsvorwürfen nach der im ANC geltenden „step aside“-Regel suspendiert wurde.

Unsere Einschätzung allerdings, dass es ein größeres Interesse an der breiteren Nutzung sozialer Medien gibt, hat sich nicht bestätigt. Die Gründe für diese Zurückhaltung gegenüber Facebook, Instagram & Co. liegen vermutlich in der Altersstruktur unserer Adressaten.

Die Gewinnung jüngerer Interessenten mit neuen Angeboten sehen wir auch deshalb als eine wichtige Aufgabe der Zukunft. Insgesamt finden aber sowohl die Auswahl als auch die Prioritäten unserer Themen eine erfreulich breite Zustimmung. Südafrikanische Außen- und Innenpolitik, deutsch-südafrikanische Zusammenarbeit und Gesellschaftspolitik sind dabei mit ca. 70% der Antworten an der Spitze, dicht gefolgt von Wirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit.

Interessante Hinweise haben wir zudem zu möglichen neuen Kooperationspartnern erhalten, die wir aufgreifen werden.

Wir sind jedenfalls dankbar für die insgesamt positive Bewertung unserer Arbeit, für das wachsende Interesse und für die aktive Unterstützung insbesondere unserer Mitglieder, die uns mit ihren Beiträgen auch den notwendigen – wenn auch überschaubaren – Spielraum für interessante Aktivitäten ermöglichen.

Das motiviert für die künftige Arbeit des Vereins.

Jürgen Koch

Mit Botschaftern im Gespräch

Gespräch mit Botschafter Sizani

Nach einer längeren Pause bestand am 26. Juli 2022 eine Gelegenheit zum Austausch „ohne Tagesordnung“ zwischen Mitgliedern des DeSaFor-Vorstandes mit dem Botschafter der Republik Südafrika in Berlin, **S.E. Stone Sizani**, und dem Ersten Sekretär Justin **Thomas Kemp**.

Botschafter Sizani informierte zunächst darüber, dass sein Einsatz in Deutschland bis zum Jahr 2025 verlängert worden sei. In weiteren Gesprächsverlauf vermittelte er seine Einschätzung, dass Südafrika vor allem mit vier großen Herausforderungen zu kämpfen habe:

1. Einem drohenden wirtschaftlichen Kollaps mit einer fragilen Infrastruktur vor allem im Energiesektor;
2. Einer immensen Arbeitslosigkeit insbesondere unter jungen Südafrikaner*innen – hier könne Deutschland mit Ausbildungsinitiativen und Beratungsangeboten für „start ups“ unterstützen;
3. Einem anhaltenden Korruptionsproblem, an dessen Entstehen aber durchaus auch ausländische Unternehmen beteiligt gewesen seien;
4. Der Botschafter bezeichnete die Sanierung von ESKOM bei gleichzeitiger Zulassung neuer Betreiber – private und lokale – als besonders dringlich.
5. Die Folgen des Kriegs in der Ukraine insbesondere im Ernährungssektor.

Zu Fragen nach dem Stand des von Präsident Ramaphosa angekündigten „*Social Compact*“ und den Fortschritten bei der Aufarbeitung der von der ZONDO-Kommission zu „*State Capture*“ getroffenen Feststellungen äußerte sich der Botschafter zuversichtlich, dass diese Prozesse in der Regierung, aber auch vom Parlament mit Nachdruck, aber auch mit der gebotenen Sorgfalt vorangebracht würden. Botschafter Sizani hob lobend hervor, dass sich Deutschland mit insgesamt rd. 700 Mio € an der Finanzierung eines von der

internationalen Gemeinschaft bei der Umweltkonferenz COP 26 in Glasgow zugesagten Programms zum Kohleausstieg – „*Just energy transition*“ – beteilige. (s. hierzu auch Artikel i.d. Ausgabe).

Jürgen Koch

Mittagsgespräch mit Botschafter Andreas Peschke am 9.9.2022

Andreas Peschke, der deutsche Botschafter in Südafrika, war Gast eines Mittagsgesprächs,



zu dem wir einige unserer Mitglieder, eine Bundestagsabgeordnete sowie Vertreter*innen politischer Stiftungen und Wissenschaftler begrüßen konnten. Einer einleitenden „*tour d’horizon*“ unseres Gastes durch die gegenwärtig schwierige politische und gesellschaftliche Lage in Südafrika, aber auch mit einem durchaus optimistischen Blick auf positive wirtschaftliche Entwicklungen etwa im Tourismus, in der Landwirtschaft sowie im Minen- und Automobilssektor folgte eine angeregte Diskussion zu aktuellen Themen:

Innenpolitik: Die Wahlen zum ANC-Vorsitz dürfte C. Ramaphosa wohl gewinnen. Allerdings werde er für die Spitzenpositionen erneut Vertreter*innen der diversen Flügel einbinden müssen, was seine Handlungsspielräume begrenze. Realistisch zu erwarten sei allerdings auch, dass der ANC bei den Parlamentswahlen 2024 wohl keine absolute Mehrheit mehr erreicht.

Außenpolitik: Südafrika werde 2023 in dem von China dominierten BRICS-Verband den Vorsitz übernehmen – in einer Zeit, in der über die Erweiterung dieses Alternativmodells zu den G 7 mit allerdings ungewissem Ausgang diskutiert werde. Zur Haltung Südafrikas und anderer afrikanischer Staaten zur russischen Invasion in

die Ukraine müsse der Dialog intensiviert werden, um den spezifischen Kontext und unsere Position zu erläutern und für sie zu werben. Bei der Zurückhaltung gegenüber dem Drängen des Westens, die Annexion zu verurteilen und sich gegen Russland zu stellen, spielten alte Loyalitäten, prinzipielle antiwestliche Haltungen oder handfeste Interessen eine Rolle. Südafrika wolle es sich zudem nicht mit seinen wichtigsten Wirtschaftspartnern verderben. Umso wichtiger sei ein aufrichtiger Dialog mit den afrikanischen Staaten, die Suche nach Schnittmengen auch in konfliktiven Diskursen und die Bereitschaft, sich mit Erwartungen und Interessen der Partner ernsthaft auseinanderzusetzen.

Bilaterale Beziehungen: Es gelte, die Zusammenarbeit auf möglichst vielen Feldern zu vertiefen und auszubauen. Das betreffe u.a. das Goethe-Institut und den DAAD. Die anstehenden Regierungsverhandlungen zur bilateralen Zusammenarbeit werden sich auf die gemeinsame Finanzierung und Umsetzung des *Just Energy Transition Program (JETP)*, die Berufsausbildung und die Bekämpfung von Korruption und von Gewalt insbesondere gegen Frauen konzentrieren.

Strategische Kommunikation und Dialog: Die Botschafterkonferenz habe noch einmal verdeutlicht, dass die demokratische Welt sich besser gegen gezielte Desinformation und die insbesondere von Russland derzeit betriebenen Kampagnen zur Spaltung von Staaten und Gesellschaften erwehren und mit einer eigenen strategisch angelegten Aufklärungs- und Informationskampagne begegnen müsse. Daran müssten alle an Frieden und Sicherheit sowie an der Wiederherstellung Klimas für einen aufrichtigen Austausch über wechselseitige Interessen und Ansichten Interessierten aktiv mitwirken.

Botschafter Peschke bedankte sich in diesem Sinne für die Aktivitäten von DeSaFor und sagte zu, weiterhin jederzeit ansprechbar zu bleiben.

H.-W. Bussmann / K. Brückner

Kinder fördern - Zukunft stiften Sechs Jahre Engagement in Paternoster

Seit 2016 ist die Stiftung „Kinder fördern – Zukunft stiften“ im südlichen Afrika aktiv. Die Stiftung will helfen, auch in weniger privilegierten Regionen der Welt Kindern und Jugendlichen Gestaltungsmöglichkeiten für ihr Leben aufzuzeigen. Ihnen sollen Bildungs- und Entwicklungschancen geboten und tragfähige Grundlagen für eine selbstständige Existenz in ihrer Heimat geschaffen werden. Gemeinsam mit der lokalen Partnerorganisation „Paternoster Project NPC“ werden regelmäßig Studentinnen und Studenten aus Deutschland nach Paternoster vermittelt. Die Stiftung bietet in Kooperation mit den Hochschulen PH Weingarten, DHBW Stuttgart, PH Freiburg und PH Heidelberg Plätze für internationale Praxis-Semester an, in denen die Studierenden in Südafrika praktische und interkulturelle Erfahrungen bei der Arbeit mit Kindern gewinnen können. Für viele Teilnehmende ist dies eine Her-



ausforderung die sie in ihrer Persönlichkeit nachhaltig prägt. Bis zur Gegenwart haben rd. 120 Studierende diese Möglichkeit genutzt.

Der Schwerpunkt der „Life-Skills-Afternoon Programme“, an dem derzeit 40 Kinder, Erst- bis Siebtklässler, teilnehmen, liegt auf Kompetenzen für das tägliche Leben: Verständnis von Sprache durch Lesen, Schreiben, Verstehen und Sprechen.

Aber auch Nähen, Stricken oder Musik- und Tanz-Workshops stehen auf dem Programm.

Die Zeitschrift „Pato Times“, die von der Stiftung vor Ort herausgegeben wird, erscheint dreisprachig, in Afrikaans, Deutsch und Englisch. Über ein E-Mail Exchange Projekt werden mit einer deutschen Grundschule zweisprachig E-Mails ausgetauscht. Interkulturelles Lernen und Fremdsprachenentwicklung werden hier



über den Austausch Gleichaltriger spielerisch und eher beiläufig gefördert. Der Austausch hat sich in Corona-Zeiten sogar noch vertieft. In der pädagogischen Betreuung werden Einzelne, Familien oder auch Gruppen in schwierigen Situationen sozialpädagogisch und praktisch betreut und unterstützt.

Im Idealfall sind sie mittelfristig eigenständig in der Lage, Herausforderungen in ihrer persönlichen Lebensumgebung anzunehmen und positiv zu bewältigen. So kann jungen Menschen eine Zukunftsperspektive aufgezeigt und die Motivation für eine Ausbildung als Grundlage für ihr wirtschaftlich unabhängiges, selbstbestimmtes Leben gefördert werden.

Christian Neuber, der Gründer der Stiftung, wurde von Ministerpräsident Kretschmann für sein außergewöhnliches Engagement der Leseförderung von Kindern und Jugendlichen in Südafrika und Namibia“ mit der „Staufer-Medaille“ in Silber geehrt (vgl. Newsletter Juli 2022). Einzelheiten zur Stiftung finden Sie [hier](#)

Quelle:
Stiftung Kinder fördern – Zukunft stiften

Tali Nates mit Goethe-Medaille ausgezeichnet

Erinnerungen an Holocaust und Genocid

Ende August verlieh die Präsidentin des Goethe-Instituts, Carola Lentz, im Beisein von Bundesministerin Baerbock vier Persönlichkeiten die Goethe-Medaille, ein Ehrenzeichen der Bundesrepublik Deutschland, für ihren Einsatz im internationalen Kulturaustausch.

Die Begründung für die Ehrung der Historikerin **Tali Nates** aus Südafrika lautet:



„Tali Nates gründete mit dem Johannesburg Holocaust & Genocide Centre ([hier](#)) einen zentralen Ort der Erinnerung in Südafrika. Dabei kon-

frontiert sie Erinnerungen an den Holocaust mit denen an den Genozid in Ruanda, ohne die spezifische Natur der Verbrechen zu relativieren. Zwei Genozide, die zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten stattgefunden haben. Doch durch die Gegenüberstellung beider Ereignisse zeigt Nates Wege auf, wie wir Menschenfeindlichkeit in der Gegenwart bekämpfen können. In sorgfältig kuratierten Ausstellungen und in klaren öffentlichen Positionierungen macht sie deutlich, dass sich rassistisch motivierte Verbrechen und Genozide wiederholen können und darum Erinnerung, Aufklärung und Bildung wichtige Mittel sind, diese zu verhindern.“



Tali Nates betonte, dass es ihr persönlich wichtig sei, ihr Gedenken an die Familie mit der Leidenschaft für die Geschichte und der Lehren daraus zu verbinden.

Quelle: Goethe-Institut Johannesburg